

Calmer Tagblatt

Nr. 199 Amts- und Anzeigblatt für den Oberamtsbezirk Calw. 98. Jahrgang.

Veröffentlichungsweise: Einzel- und Sammelanzeigen. Die Zeile 6000 Bsp., Familienanzeigen 4000 Bsp., Werbefläche 150 000 Bsp. Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100% — Bsp. Nr. 9

Montag, den 27. August 1923.

Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn 40 Pf. monatlich. Postbezugspreis 45 Pf. ohne Postgebühren. Einzelnummer 3000 Bsp. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

Neueste Nachrichten.

Herr Poincaré hat gestern wieder eine seiner Propagandareben gehalten, die dazu dienen, die eigenen Ziele zu verschleiern, gleichzeitig aber die französischen Forderungen als gerechtfertigt hinzustellen, und die Welt zum soundsjovielsten Male auf die von Frankreich glücklich abgewendeten Welt Herrschaftspläne Deutschlands aufmerksam zu machen. Zu dem Bestreben, die französischen Forderungen als gerecht hinzustellen, hat er sich auch eine seiner üblichen Unverschämtheiten geleistet, indem er die Glaubwürdigkeit der Darlegungen des deutschen Reichsanzlers bezüglich der bisher geleisteten deutschen Reparationsleistungen in Zweifel zog und gegenüber den vorgelegenen internationalen Sachverständigen die Reparationskommission als die zuverlässigere Instanz bezeichnete. Seine Vergleiche mit der Belastung Frankreichs durch die Kriegsschädigung von 1870 sind so hochnebulös, daß sie auch nicht des Berufs einer Widerlegung wert sind. Halbamtlich wird dagegen aus Paris gemeldet, daß die Rede des Reichsanzlers nicht ablehnend in Paris aufgenommen worden sei, und daß sie die Möglichkeit von Verhandlungen näher rücken könne.

Von Amerika kommt eine neue gefährdende Mitteilung, wonach interessierte Kreise diplomatische Schritte wegen der Entwertung deutscher Wertpapiere wünschen. Es handelt sich in erster Linie um deutsche Staatsanleihen, die von amerikanischen Geldgebern finanziert wurden. Die Besichtigung dürfte wohl nicht unangebracht sein, daß es sich hier um die Absicht eines neuen Drucks auf Deutschland handelt, sei es, um die Gesundheitsmaßnahmen der deutschen Regierung zu sabotieren, sei es, um die Verständigung mit Frankreich zu erschweren, oder zu hintertreiben.

Die Haltung der neuen deutschen Regierung zum Reparationsproblem.

Wir haben schon am Samstag angedeutet, daß die Rede des Reichsanzlers Dr. Stresemann vor den Vertretern des Industrie- und Handelslags über das Reparationsproblem den tatsächlichen Verhältnissen unserer inneren und äußeren Lage Rechnung getragen, und damit einen klaren Blick für die nächsten Notwendigkeiten unseres Existenzkampfes bewiesen habe. Was die innere Lage anbelangt, so hatte der Reichsanzler 2 Tage zuvor in einer Besprechung mit den Führern der Reichstagsparteien keinen Zweifel darüber gelassen, daß die Regierung zur Anwendung der äußersten Mittel zu schreiten gewillt sei, wenn den eingeleiteten Sanierungsmaßnahmen hinsichtlich unserer Währung wie unserer Staatsfinanzen Widerstand entgegengekehrt werden sollte. Zur Begründung dieser Haltung hatte er darauf hingewiesen, daß die stärkste Aktivität nach außen die Beruhigung der inneren Verhältnisse sei, eine Binsenwahrheit, die aber bei einem politisch so ungeschulten Volke wie dem deutschen auch einmal formell geprägt werden mußte, um gangbare Währung zu werden. Die Reichsregierung steht vor der Aufgabe, nicht nur dem ruinösen Marksturz entgegenzuarbeiten, sondern auch die durch den Marksturz verursachte Unordnung der staatlichen Finanzwirtschaft wieder zu beseitigen. Zwecks Bekämpfung des Marksturzes war es nötig, einerseits die in der Wirtschaft vorhandenen ausländischen Devisen zur Marktzugung heranzuziehen, andererseits die Einfuhr, namentlich die von Luxuswaren und für das Leben weniger wichtigen Produkten soviel als möglich einzuschränken. Um die Devisen zu bekommen, sollen bei der Brotverbilligungsabgabe Devisen gefordert werden. Wenn der betreffende Betrag nicht vorhanden ist, so ist unter Eid zu versichern, daß ein ausreichender Betrag in Devisen nicht vorhanden war. Außerdem darf ein Betrieb in Zukunft nur noch den Betrag an ausländischen Zahlungsmitteln oder Forderungen mit ausländischer Währung halten, dessen er zur Fortführung innerhalb zweier Monate im Durchschnittsumfang der Monate Mai bis Juni 1923 bedarf. Schließlich wird vom Besitz einer starken Steuerabgabe verlangt, die bei vielen einen Eingriff in die Vermögenssubstanz bedeutet. Das wird, wie zugegeben wird, zu Härten führen, und hoffentlich werden dabei diejenigen entsprechend belastet, die während und nach dem Kriege ihr Vermögen unverhältnismäßig bereichert haben, während Millionen von Volksgenossen täglich ärmer geworden und Hunderttausende Hunger gestorben sind. Die auf diese Weise eingeleitete Aktion der Währungsstützung und Balancierung des Reichshaushalts wird aber dadurch erschwert, daß man gleichzeitig, — veranlaßt durch den ungeheuerlichen Marksturz der letzten Wochen, — gezwungen ist, die Gehälter und Löhne der Beamten, Angestellten und Ar-

beiter zu erhöhen. In den letzten Jahren waren große Teile der Gehalts- und Lohnempfänger bei ihren Arbeitsvergütungen unter den Schritten gekommen, und gerade oft die älteren, verheirateten Leute, während die jüngeren männlichen und weiblichen Geschlechts unverhältnismäßig hoch bezahlt worden waren. Die Anpassung an die enorme Preissteigerung der notwendigen Lebensmittel mußte natürlich erfolgen, und auch die Forderung nach wertbeständigen Entlohnungen war gerechtfertigt. Aber der Uebergang von der bisherigen Berechnungsweise zu einer der Friedensmarktentwicklung angepaßten sog. Goldmarkrechnung kann natürlich von den meisten Betrieben, namentlich angesichts des gleichzeitigen gewaltigen Marksturzes, nicht ohne schwerste Erschütterungen mitgemacht werden. Es muß deshalb namentlich in wirtschaftlichen Fragen auf größtmöglichen Ausgleich angewiesen, wenn unsere äußerst empfindliche Volkswirtschaft nicht zugrundegehen soll, weil die Industrie die Landwirtschaft bei der rein physischen Ernährung des Volkes ganz wesentlich unterstützen muß. Wenn da nicht alle wirtschaftlichen Faktoren, Produzenten und Konsumenten, Arbeitgeber und Arbeitnehmer ihre Ansprüche auf das heute berechnete Maß der Fristung der Existenz zurückschrauben, so ist unsere Regierung nicht in der Lage, das Gewicht des gegenwärtig für uns stärksten außenpolitischen Faktors, nämlich die Sanierung unserer inneren Verhältnisse, in die Waagschale zu werfen. Selbstverständlich muß man auch von den politischen und geistigen Strömungen verlangen, daß sie ihre Kämpfe und Kritiken auf ein Maß beschränken, das die innere Ordnung nicht gefährdet.

Vermag das die Regierung der großen Koalition zu erreichen, daß wir bis zur Lösung der Reparationsfrage, die über unsere wirtschaftliche Freiheit und über die Freiheit von Rhein und Ruhr entscheiden wird, im Innern den Burgfrieden halten, dann wird sie auch bei den Verhandlungen einen andern Stand haben, als wenn sie täglich mit Revolten und Bürgerkrieg rechnen muß, wie das die Stimmungsmache der letzten Monate befürchten ließ. Auch in außenpolitischer Beziehung hat das Kabinett Stresemann rein stimmungsmäßig mit einem Plus begonnen, und zwar sowohl durch Aktivierung der Beeinflussung der Volkspolizei, wie durch starke Aktivität nach außen hin. Dr. Cuno war noch aus der alten bürokratischen Schule, die weder danach gestrebt hat, noch auch ihrer ganzen Erziehungsweise entsprechend fähig gewesen wäre, einen gewissen Kontakt zwischen Regierung und Volk herzustellen. Früher genigte angesichts der Passivität weitestest Volksschichten in politischer Beziehung die rein bürokratische Verwaltung des Staates — wenn sie nur von Erfolg begleitet war — heute aber, wo infolge geistiger Höherbildung und weitgehender politischer Schulung weitestest Kreise politisch aktiviert sind, ist die Gewinnung der in Betracht kommenden Machtfaktoren von der Fähigkeit wirksamer psychologischer Beeinflussung abhängig, und nicht nur im Innern, sondern in noch höherem Grade auch nach außen hin. Bekanntlich haben wir die Pflege dieser Fähigkeiten bei den uns feindlich gesinnten Staaten zu unserem schweren Nachteil genügend kennen gelernt, und es ist höchste Zeit, daß wir uns ebenfalls die Gepflogenheiten moderner Regierungskunst zu eigen machen. Aber Reichsanzler Cuno soll außer seiner parlamentarischen Unerfahrenheit auch noch den Fehler begangen haben, daß er die schönen Redensarten aus London und Washington wenn auch nicht für bare Münze, so doch als „gute“ Wechsel betrachtet haben soll. Wir haben seit Jahren, und nicht nur in dieser Zeitung, davor gewarnt, England oder Amerika als aktiven Posten in unsere außenpolitische Rechnung einzustellen, weil wir aus nächsternen Ueberlegungen heraus die Ueberzeugung vertragen, daß in absehbarer Zeit eine Aenderung der außenpolitischen Konstellation, also der Auflösung der Entente (mit Einschluß Amerikas) nicht zu erwarten sei; heute aber ist man schon dazu übergegangen, das Extrem zu empfehlen, nämlich die völlige Außerachtlassung Englands und die direkte Verständigung mit Frankreich, was ein ebenso großer Fehler im jetzigen Stadium unserer Lage wäre. Denn wenn wir heute versuchen wollten, allein die Reparationsfrage mit Frankreich zu lösen, so würden wir erstens uns den Poincarisken völlig ausliefern und zweitens würden wir erleben, daß sowohl England wie Amerika uns Schwierigkeiten dadurch bereiten würden, daß sie selbst ihre noch keineswegs feststehenden Reparationsforderungen an Deutschland entsprechend berechnen, und außerdem die Bedingungen für die Tilgung der französischen Schulden so stellen würden, daß alle

deutsch-französischen Vereinbarungen wieder hinfällig wären. Bekanntlich ist von englischer Seite schon verschiedentlich auf die Gefahren hingewiesen worden, die eine direkte Verständigung Deutschlands mit Frankreich zur Folge haben könne, und die englischen Konservativen und ihr rechter Flügel, die sog. Diehards, d. h. die Unentwegten, treten ja mit allen Mitteln ihrer einflussreichen Stellung für absolutes Festhalten am Bündnis mit Frankreich ein, und dementsprechend für völliges Bewahrenlassen Frankreichs Deutschland gegenüber. Wir könnten da also zwischen zwei Stühlen hinunterfallen, was ebenso gefährlich, wenn nicht noch gefährlicher wäre als die trügerische Hoffnung auf England. Wir freuen uns deshalb der Worte des Reichsanzlers, der den Versuch, einen der Alliierten gegen den andern auszuspielen, als Dilettantismus bezeichnet, und an anderer Stelle sagt, daß er weder französische noch englische, sondern deutsche Politik treibe. Deutsche Politik treiben heißt aber heute richtige Einschätzung und Ausnützung aller politischen und moralischen Machtfaktoren, die die äußeren Verhältnisse bieten, und daneben Zusammenfassung aller Kräfte im Innern, die aufrichtig und eindeutig guten Willens sind, die Regierung zu unterstützen, und dies auch durch die Tat bezeugen. Der Reichsanzler hat die Stellung der Reichsregierung in bezug auf das Reparationsproblem so klar gekennzeichnet, daß jeder Deutsche sich zu diesem Programm, das den heutigen Umständen Rechnung trägt, bekennen muß. Freies Rheinland, Befreiung des Ruhrgebiets gegen Leistung von Reparationen und Garantie des Reichs wie der privaten Wirtschaft bis zur Grenze des Möglichen. Er hat den Franzosen eindeutig gesagt, daß sie Reparationen haben könnten, und Sicherheiten, wenn die gewünschten Pfänder nicht von politischen Gesichtspunkten, d. h. verschleierte Anreizabsichten aus verlangt würden. Von deutscher Seite ist nun klar gesprochen worden. Jetzt hat Poincaré das Wort. Borerst wird die Verschleppungspolitik fortgetrieben, die unsere letzten Kräfte auf eine harte Probe stellt. Die ersten Eindrücke in Paris über die Reichsanzlerrede scheinen nicht schlecht zu sein, hoffen wir, daß die Verhandlungen zwischen den französischen und englischen Staatsmännern angesichts der klaren Haltung Deutschlands rascher fortschreiten als vorausgesehen wurde. Das aber muß zum Schluß nochmals betont werden, ein erträgliches Ergebnis werden wir nur erzielen können, wenn wir im Innern Disziplin und Opferbereitschaft pflegen. O. S.

Eine neue Redeblüte Poincaré's.

Paris, 26. Aug. In seiner heutigen Rede in Chassy malte Poincaré ein Schreckensbild dessen, was geschehen wäre, wenn Deutschland im Weltkrieg den Sieg davongetragen hätte, indem er nach Havas erklärte: Das deutsche Kaiserreich, das dann selbstverständlich seine vom Größenwahn besessene Dynastie behalten hätte, hätte auf den Trümmern der besiegten Völker seine endgültige Vorherrschaft ausgerichtet. Wir wären zweifellos am schlechtesten behandelt worden. Frankreich wäre zum mindesten Dünkirchen, Calais, das Becken von Briey und der Kolonien verlustig gegangen. Es wäre dann verurteilt gewesen, furchtbare Zahlungen zu leisten. Deutschland hat im Laufe der Feindseligkeiten aus seinen Absichten kein Geheimnis gemacht. Es hat bis zu dem Tage, an dem es seine Hoffnungen schwinden fühlte, mehrmals seine Kriegsziele enthüllt und es hat immer darüber nachgedacht, uns für immer zu vernichten. Deutschland hätte sich, daran dürfen Sie nicht zweifeln, auch nicht viel ebedmütiger gegen unsere Verbündeten gezeigt. Ich spreche nicht von Belgien, dem Deutschland Antwerpen und die Meerestüste weggenommen und das es unter seine Herrschaft gestellt hätte, aber England, gegen das der Kaiser den allerbestigsten Zorn hatte und das für Deutschland der Konkurrent war, der niedergeschlagen werden mußte, wäre nicht gerade, — seien Sie dessen sicher — mehr gespart worden als wir. Deutschland, das sich während des Krieges wie für die Ewigkeit in Ostende eingerichtet hatte, hätte das ganze Festland auf der diesseitigen Kanalfeste behalten, um Großbritannien besser zu überwachen und um es unter dem Feuer seiner „Vertas“ zu haben. Die Flottenmacht unserer Verbündeten wäre zerstört und ihre Handelsflotte vernichtet worden. Die Herrschaft über die Meere wäre ihnen entzogen worden und ihre zukünftigen Verbindungen mit ihren Dominions wären gefährdet gewesen. Italien wäre es nicht besser ergangen. Es hätte nicht nur keine der Vergrößerungen erhalten, die es auf Kosten der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie verwirklicht hat, es hätte nicht nur weder Triest noch Trentino erhalten, sondern es ist wahrscheinlich, daß es neue Abtretungen an die Donaumonarchie hätte bewilligen müssen. Die Tschechoslowakei wäre unter dem Joch geblieben, das die Unterdrücker ihr auferlegt hätten. Serbien und Rumänien hätten Gebiet ver-

Amtliche Bekanntmachung.

Verordnung über Preisschilder und Preisverzeichnisse.

Vom 26. Juli 1923.

Auf Grund der §§ 37, 38 Abs. 2 der Verordnung über Handelsbeschränkungen vom 13. Juli 1923 (Reichsgesetzbl. I S. 706)* wird bestimmt:

*) **Bemerkung:** Die §§ 37 und 38 der Verordnung über Handelsbeschränkungen vom 13. Juli 1923 lauten wie folgt:
Preisschilder.

§ 37.

Wer Gegenstände des täglichen Bedarfs, die von der Reichsregierung zu bestimmen sind, in Läden, Schaufenstern, Schaukästen, auf dem Wochenmarkt, in der Markthalle oder im Straßenhandel sichtbar ausstellt oder anpreist, ist verpflichtet, die Ware mit Preisschildern zu versehen, aus denen der genaue Verkaufspreis der einzelnen Ware ersichtlich ist. Der Preis ist für die übliche Einheit (ein ganzes Pfund, Liter, Meter, Stück usw.) in deutlich lesbaren Zahlen in deutscher Währung an gut sichtbarer Stelle anzugeben.

Soweit mehrere zusammengehörige Gegenstände üblicherweise zu einem Gesamtpreis verkauft werden, ist das Preisschild, das in diesem Falle eine Aufzählung der zusammenhängenden Stücke sowie den Gesamtpreis zu enthalten hat, in der Weise anzubringen, daß es mit einem der Stücke verbunden wird.

Preisverzeichnis.

§ 38.

Die Anbringung eines Preisschildes an einer Ware ist nicht erforderlich, wenn die Ware nach Maßgabe des § 37 Abs. 1 Satz 2 zweifelsfrei bezeichnet in ein Preisverzeichnis aufgenommen ist, das an gut sichtbarer Stelle und überall da angebracht ist, wo die im Preisverzeichnis aufgeführten Waren ausgestellt oder angepriesen sind.

Wer Lebensmittel, die von der Reichsregierung zu bestimmen sind, im Kleinhandel absetzt, ohne sie sichtbar auszustellen, hat für die nichtausgestellten Lebensmittel ein den Vorschriften des Abs. 1 genügendes Preisverzeichnis gut sichtbar in seinen Schaufenstern und Schaukästen und an seinem Verkaufsstand anzubringen.

Für Fleisch und Fische muß stets ein Preisverzeichnis im Verkaufsraum oder am Betriebsstand nach näherer Anordnung der obersten Landesbehörden angebracht werden, aus dem die Verkaufspreise der zum Verkauf gelangenden Fleisch- und Fischarten und -sorten ersichtlich sind.

§ 1.

Mit Preisschildern nach Maßgabe des § 37 der Verordnung über Handelsbeschränkungen sind vorbehaltlich der Vorschrift im § 38 der Verordnung über Handelsbeschränkungen die folgenden Waren zu versehen, soweit sie Gegenstände des täglichen Bedarfs sind:

Schwarz-, Grau- und Weißbrot, Brötchen, Zwieback, Fleisch, Fleisch- und Wurstwaren, Fische, Fisch- und Räucherwaren, Kartoffeln und Kartoffelerzeugnisse, Frisches und getrocknetes Gemüse, Gemüsekonserven, Milch und Milchpräparate, Butter, Margarine und sonstige Speisefette und Öle, Käse, Eier, Eipräparate sowie Eierersatzmittel, Mehl, Grieß, Graupen, Hülsenfrüchte, Teigwaren, Haferflocken, Kaffee, Kaffeemischungen und Kaffee-Ersatz, Tee, Teemischungen und Tee-Ersatz, Kakao, Schokolade und sonstige Kakaoerzeugnisse, Zucker und Zuckerwaren, Salz, Gewürze, Frisches und getrocknetes Obst, Obstkonserven, Honig, Kunsthonig, Obstmus, Marmeladen, Futtermittel, Holz, Kohlen (einschließlich Preßkohlen, Briketts und -Kaf.), Torf, Karbid, Benzin, Benzol, Petroleum, Brennsprit, Kerzen, Streichhölzer, Berufskleidung, Männer-, Frauen- und Kinderbekleidungsstücke, Leib-, Unter-, Bett- und Hauswäsche nebst den Stoffen, aus denen sie hergestellt werden, Zwirn, Strickwolle, Nähgarn, Hüte und Mützen,

Schuhwaren und ihre Zutaten, Lederwaren und Lederersatzwaren, Möbel, Haus- und Küchengeräte, soweit sie zur Führung eines Haushalts notwendig sind, Reinigungsmittel, Haushaltsseifen, Bürstenwaren, Schreib- und Papierwaren, Schulartikell, Verbandstoffe, Tabak, Tabakwaren, Pfeifen, Handwerkszeug.

§ 2.

Ein Preisverzeichnis nach Maßgabe des § 38 Abs. 2 der Verordnung über Handelsbeschränkungen ist außer für Fleisch und Fische (§ 38 Abs. 3 der Verordnung über Handelsbeschränkungen) für die folgenden im Kleinhandel abzusetzenden, aber nicht ausgestellten Lebensmittel anzubringen, soweit sie Gegenstände des täglichen Bedarfs sind:

Schwarz-, Grau- und Weißbrot, Brötchen, Zwieback, Fleisch, Fleisch- und Wurstwaren sowie Räucherwaren, Frisches und getrocknetes Gemüse, Gemüsekonserven, Milch und Milchpräparate, Butter, Margarine und sonstige Speisefette, Eier, Mehl, Grieß, Graupen, Hülsenfrüchte, Teigwaren, Haferflocken, Frisches Obst, Honig, Kunsthonig, Obstmus, Marmeladen.

§ 3.

Diese Verordnung tritt am 15. August 1923 in Kraft.

Berlin, den 26. Juli 1923.

Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft.

In Vertretung: Dr. Heinrich.

Der Reichswirtschaftsminister.

In Vertretung: Dr. Trendelenburg.

Amerika

und die entwerteten deutschen Gemeinbeanleihen.

Paris, 25. Aug. „New York Herald“ berichtet aus Washington: Die Vereinigung amerikanischer Besitzer ausländischer Wertpapiere habe unter Anführung zahlreicher Präzedenzfälle u. autorisierter Rechtsgutachten das Staatsdepartement aufgefordert, diplomatische Schritte wegen der Verluste zu unternehmen, die die Besitzer deutscher Gemeinbeanleihen infolge der Entwertung der Mark erlitten haben. Die Verluste, die die Mitglieder der Vereinigung erlitten haben, sollen mehr als 1.500.000 Dollar betragen. — Man wird also wohl danach streben, den Wert dieser Anleihen dem Dollar anzupassen, und damit die betreffenden Gemeinden ruinieren wollen. Wir sehen hier schon die Möglichkeiten weiteren Drucks Amerikas auf Deutschland.

Der amerikanische Wahlkampf im Zeichen der europäischen Frage.

Paris, 25. Aug. Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ aus Memphis erklärte Senator Underwood, der seine Kandidatur für die Präsidentschaftswahlen ankündigte, die amerikanische Industrie brauche keinen Schutz mehr gegenüber Europa. Die Vereinigten Staaten hätten bei der Regelung der europäischen Angelegenheiten Stellung zu nehmen. Amerika werde sich nicht damit begnügen, dem Haager Gerichtshof beizutreten. Es bedürfe der machtvollen Intervention einer starken Regierung, um den Frieden zu erhalten. — Es wird nur des Hinweises bedürfen, daß Wilson seinerzeit zum zweiten Mal gewählt wurde, weil er dem Volke die Aufrechterhaltung der „Neutralität“ versprach, um sie dann ein Vierteljahr darauf zu brechen. Herr Underwood scheint dasselbe Interesse für die Stimmen der Deutschamerikaner zu haben.

Die planmäßige Fortsetzung der Gewalttaten.

Münster, 25. Aug. Nach Mitteilung der 3. französischen Liniendivision an das Befehlsamt in Dortmund soll die Verkehrsperre am 19. September (!) endgültig aufgehoben werden.

Essen, 26. Aug. Gestern Nachmittag kurz vor 2 Uhr drangen Beamte der französischen Besatzungsorgane, sowie Militär in die Räume der Stadthauptkasse ein und nahmen etwa 100 Millionen Mark städtische Lohngehälter fort. Die Beamten waren gerade mit dem Abschluß der Wochenrechnung beschäftigt. Die Beschlagnahme erfolgte trotz des Protestes des Geschäftsführers ohne Angabe von Gründen, angeblich auf Befehl des Divisionsgenerals.

Ausland.

Eine Epidemie in der Versailler Garnison.

Paris, 25. Aug. Wie das „Deuvre“ mitteilt, brach in der Versailler Garnison eine schwere Epidemie aus, deren Ursprung man noch nicht kennt. Alle Regimenter der Garnison sollen davon betroffen sein. Bis jetzt seien bereits sechs Todesfälle zu beklagen. Die Truppen dürfen die Kasernen nicht verlassen. Die Kranken dürfen vorläufig auch nicht von Verwandten besucht werden.

Amerika nimmt die diplomatischen Beziehungen zu Mexiko wieder auf.

Bundesfreundliche Rückblicke auf die Entente.

Paris, 25. Aug. Nach einer Meldung des „New York Herald“ aus Washington hat das Staatsdepartement England, Frankreich und Belgien von dem amerikanischen Standpunkt in der Frage der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Mexiko unterrichtet, damit auch sie in der Lage seien, Stellung hierzu zu nehmen.

geben und wir sind in der Achtung der Welt gestiegen. Wir wollen uns unseren Feinden von gestern nicht als Beispiel hinstellen, aber was wir vor 53 Jahren getan haben, das glauben wir, können sie heute versuchen. Wenn sie sich nicht dazu entschließen, werden sie uns zwingen, ihnen gegenüber die Drohungen zur Ausführung zu bringen, die sie damals an uns gerichtet haben: Bezahlt uns, oder wir bleiben.

Eine halbamtliche französische Antwort auf die letzte Kanzlerrede.

Paris, 25. Aug. Havas teilt mit, in unoffiziellen (?) Kreisen spreche man sich sehr zurückhaltend bezüglich des Eindrucks der Rede Stresemanns aus. Man beschränke sich darauf, festzustellen, daß die Worte, die der neue Reichskanzler gestern gesprochen hat, sich im Tone von denen seiner Vorgänger unterscheiden und daß sie keine Ablehnung jeden Versöhnungsversuches gegenüber darstellten. Man bedaure indessen, daß keine Anspielung auf das Aufhören des passiven Widerstandes gemacht worden sei, die weiter die Hauptbedingung bleibe, die Deutschland erfüllen müsse, bevor die mindeste Verhandlung eingeleitet werden könne. Man habe auch von dem Angebot des Reichskanzlers bezüglich der Garantien und positiven Pfänder Kenntnis genommen, wobei man darauf hinweist, daß sie gegenüber den Angeboten des alten Kabinetts nichts Neues enthalte. Was die bisher von Deutschland gemachten Lieferungen anbetrifft, die nach Stresemann von dem amerikanischen Wirtschaftsinstitut bewertet werden sollen, so habe man in Paris keine Ahnung von dieser Einrichtung und von den Bedingungen, unter denen sie ihre Arbeiten verrichten kann. Was die von der Reparationskommission festgesetzte Ziffer betreffe, die die Höhe der deutschen Leistungen auf 7,8 Milliarden beziffere, so sei diese Bewertung mit der größten Unparteilichkeit von der Rechnungscommission der Reparationskommission aufgestellt worden, deren Chef ein Amerikaner namens Auld ist und die unter der Verantwortung des Generalsekretärs, eines Engländer namens Mac Fadyan gebilligt und veröffentlicht worden ist. Die ungeheure Differenz zwischen der 8 Milliardenziffer der Reparationskommission und der 26 Milliardenziffer in der angeblichen amerikanischen Bewertung und der 42 Milliardenziffer in der deutschen Rechnung könne man sich nur dadurch erklären, daß man annehme, daß in der amerikanischen Statistik die von Deutschland abgetretenen Güter zu hoch eingeschätzt worden sind, denn die von der Reparationskommission geführte Rechnung über die Naturallieferungen (Kohlen, Koks und Farbstoffe usw.) lasse keinen Platz für den allerkleinsten Irrtum.

Der englische Ministerpräsident in Frankreich.

Paris, 24. Aug. Wie das „Journal“ meldet, passiert heute der englische Premierminister auf der Reise nach Aix-les-Bains Paris, wo er 5 Stunden Aufenthalt haben wird.

Frankreich gestattet die Absendung der belgischen Note nach England.

Paris, 26. Aug. Wie Havas mitteilt, hat die französische Regierung, nachdem sie von dem Text der belgischen Antwort auf die englische Note Kenntnis genommen hatte, die belgische Regierung wissen lassen, daß sie weder gegen den Inhalt, noch gegen die Form der Note irgend eine Einwendung zu machen habe und daß sie der belgischen Regierung volle Freiheit lasse, dieses Dokument, wie es abgefaßt sei, der englischen Regierung zu übermitteln.

oren und wären zu Basallenstaaten herabgedrückt worden. Polen wäre nicht wieder ins Leben gekommen und Polen und Oberschlesien wären noch in der Hand Deutschlands. Ganz Europa wäre geknechtet worden. Auf der anderen Seite des Atlantischen Ozeans wären die Vereinigten Staaten vielleicht im Augenblick vor den Folgen des germanischen Sieges sicher geblieben, aber sie hätten angesichts der Bildung einer kolossalen Macht, die als Vorherrscherin in Europa bereit gewesen wäre, ihre Fingerringe um den ganzen Globus zu strecken, nicht lange indifferent bleiben können, kurz, die ganze angelsächsische Zivilisation und die ganze lateinische Zivilisation wären in ihren Fundamenten erschüttert worden. Deutschland hätte sich von dem einen zum anderen Pol gleichzeitig die politische Vorherrschaft, die Vorherrschaft des Handels und des Geistes gesichert und so wäre es unter den Auspizien seiner Hohenzollern die Herrscherin des Menschengeschlechts geworden. Träumereien, wird man sagen, unwahrscheinliche Vermutungen eines Grämlings! Nein, durchaus nicht! Wiederholt haben wir auf dem Punkt bestanden, es zu erleben, daß dies Wirklichkeit geworden wäre. Ohne den Bund der Alliierten und ohne die Tapferkeit unserer Soldaten wären alle diese Ungeheuerlichkeiten in Erfüllung gegangen.

Haben wir nicht das Recht, heute an unsere Unruhe zu denken, wenn wir die Ausführung eines Vertrages verlangen, bei dem wir eine Mäßigung bewiesen haben, die viele unserer Mitbürger als zu weitgehend beurteilt haben. Deutschland ist nicht einmal gezwungen worden, uns unsere Kriegskosten zurückzuführen. Nur die Reparation des materiellen Schadens, den es verursacht hat, ist ihm auferlegt worden. Ist dies denn wirklich eine so schwerwiegende Verurteilung? Im Kriege von 1870—1871 hat Deutschland, das nicht betreten wurde und das im Gegenteil einen großen Teil Frankreichs besetzt hatte, keinerlei Schäden erlitten. Es hatte keine Reparation zu verlangen, aber hat sich seine Kriegskosten bezahlen lassen und es hat uns 5 Milliarden Entschädigung auferlegt. Das war für die damalige Zeit eine enorme Summe. Wir haben nicht nur diese Summe bezahlt, sondern wir haben sogar aus Loyalität unserem Gläubiger gegenüber uns Geld zu verschaffen versucht, um unsere Schuld zu bezahlen. Außerdem haben wir zwei Provinzen verloren. Und auch dieser so schmerzliche Verlust brachte ein ständiges Defizit mit sich, da die Einkünfte und Steuern des abgetretenen Gebietes für uns von da an verloren waren. Ich nenne keine Gesamtziffer, weil ich noch lange nicht die letzte dieser Ausgaben erschöpft habe, aber die Zahlen, die ich nenne, können nicht bestritten werden. Sie stammen aus amtlichen Dokumenten, die am Tage nach dem Kriege zusammengestellt worden sind, und sie bieten ein wenig mehr Garantie für ihre Richtigkeit als die Zahlen, die gestern der neue deutsche Reichskanzler bezüglich der Zahlungen, die Deutschland bereits geleistet haben soll, abgegeben hat. Die Reparationskommission hat die wirklich geleisteten Zahlungen gewissenhaft nach einer kontraktualistischen Untersuchung bewertet und bei ihrer Festsetzung ist sie immer einmütig gewesen. Es ist also eitel, zu behaupten, daß Deutschland bereits 42 Milliarden Goldmark geleistet habe, oder auch nur 25 Milliarden, wie das ein Wirtschaftsinstitut in Washington zugegeben haben soll, ein Institut, von dem es mir unmöglich gewesen ist, festzustellen, was es ist. In dem jährlich herausgegebenen amtlichen Kongressional Directory der Bundeshauptstadt der Vereinigten Staaten ist es nicht zu finden. Diese schiedsrichterliche Schätzung zeigt uns auf alle Fälle, zu welcher sonderbaren Ergebnissen wir kommen würden, wenn jemals Sachverständige damit beauftragt werden sollten, die Zahlungsfähigkeit Deutschlands zu bemessen. Und ich brauche wohl in dieser Beziehung nicht zu sagen, daß unsere Ansicht in diesem Punkte sich nicht ändern kann. Um aber auf das, was Frankreich nach 1870 getan hat, zurückzukommen, so ist das in wenig Worten das folgende: Wir haben gearbeitet, wir haben einen Beweis guten Willens ge-

Das Währungsleib Polens.

Berlin, 22. Aug. Eine heute erschienene halbamtliche Erklärung der polnischen Regierung bestreitet, wie die „Bosnische Zeitung“ aus Warschau meldet, die Richtigkeit der vor einigen Tagen durch die Presse gegangenen Meldung von den in Paris durch den polnischen Handelsminister Kucharzki gepflogenen Anleiheverhandlungen. Dieses Dementi beruht auf künstlichen Wortspielereien rein formaler Natur, denn Herr Kucharzki hat in Paris nicht nur Anleiheverhandlungen geführt, sondern bereits einen Präliminarvertrag unterzeichnet, allerdings nicht mit der Pariser Regierung und französischen Finanzkreisen, die in höflicher, aber bestimmter Weise abgelehnt haben, den französischen Geldmarkt für die polnische Milliardenanleihe zu erschließen. Es sei dahingestellt, ob gleichzeitig oder erst nach der französischen Ablehnung Herr Kucharzki durch die mit ihm zusammen nach Paris gekommenen beiden Vermittler Hämerling und Goldberg Anleiheverhandlungen mit dem dortigen Vertreter der amerikanischen Morganbank begonnen hat, die auch nach mehreren Tagen zu einem gewissen Ergebnis geführt haben. Die Morganbank lehnte zwar die Gewährung einer langfristigen Goldanleihe in Polen ab, schloß aber mit Kucharzki einen Vorvertrag auf Schaffung einer polnischen Emissionsbank mit amerikanischem Kapital ab. Die Zettelbank soll mit 120 Millionen Dollar Grundkapital ausgestattet werden, von denen ein Sechstel die polnische staatliche Darlehenskasse beisteuert, während für die restlichen fünf Sechstel die Morganbank dem neuen polnischen Emissionsinstitut Kredit eröffnet, und zwar gegen Verpfändung der polnischen Zolleinnahmen und nach anderer Lesart auch des polnischen Tabakmonopols. Ob die Morganbank die ganze Operation selber durchführen oder auch französische Bankkreise heranziehen will, steht noch dahin. Es erscheint unersichtlich, wie angesichts dieser Tatsachen, über die Herr Kucharzki gestern der polnischen Landwirtschaft und dem Finanzminister einen Vortrag gehalten hat und die morgen vor dem zusammentretenden Ministerrat verhandelt werden sollen, die heutige halbamtliche Erklärung die Sache so darstellt, als ob der Handelsminister in Paris gewissermaßen zu Vergnügenszwecken gewinkt habe. Oder soll man ernstlich glauben, daß Herr Kucharzki in Paris mit der Morganbank den Vorvertrag abgeschlossen hat, ohne daß er vorher oder doch wenigstens gleichzeitig mit der Pariser Regierung und den Finanzkreisen verhandelt hat? Es ist noch zu früh, um auf den Vorvertrag selber einzugehen, dessen sachliche Ausführung dem Polenstaat außerst schwere und weitgehende Verpflichtungen auferlegen würde: Verpfändung der wichtigsten Staatseinnahmen, die verschwindende Minderheit in der Emissionsbank und die Aufbringung von rund 20 Millionen Dollar in bar, während der Abschluß der staatlichen Darlehenskasse per Ultimo

Juli an Edelmetall, fremder Valuta und ausländischen Guthaben insgesamt 430 Mill. Polenmark, also nach dem heutigen Kurs etwa über 1/4 Million Dollar, auswies, von denen inzwischen ein gut Teil zur Stabilisierung der Polenmark aufgewendet sein dürfte. Senat und Sejm werden ja in Bälde sich mit dem Pariser Vorvertrag verfassungsmäßig zu befassen haben. — Vielleicht erkennt man durch diese und ähnliche Geschäfte doch mit der Zeit, daß die europäischen Staaten endlich zur Vernunft kommen müssen, damit sie nicht als Ausbeutungsobjekt Amerikas weiter behandelt werden.

Deutschland.

Der Reichskanzler in München.

München, 25. Aug. Reichskanzler Dr. Stresemann traf mit dem fahrplanmäßigen Schnellzug 8.25 vorm. in München ein. In seiner Begleitung befindet sich der Chef der Reichskanzlei, Frhr. v. Rheinbaben. Zur Begrüßung hatte sich am Bahnhof eingefunden der Gesandte des Reiches in München, Frhr. v. Haniel und Staatsrat Dr. Schmelze vom Ministerium des Äußern, der den Reichskanzler im Namen der bayerischen Staatsregierung begrüßte. Der Kanzler fuhr nach kurzer Vorstellung mit Frhr. v. Haniel im Auto nach Mittenwald weiter, wo er heute eine Aussprache mit dem Ministerpräsidenten Dr. v. Knilling haben wird. Der Reichskanzler wird sich dann nach Partenkirchen begeben und morgen die Rückreise über München antreten.

Reichsbankpolitik und Währungsverfall.

Berlin, 26. Aug. In der gestrigen Zentralausschusssitzung der Reichsbank erklärte nach der Rede des Reichsbankpräsidenten Havenstein, der „Bosn. Ztg.“ zufolge, der dienstälteste Direktor der Reichsbank, Dr. Grimm, Havenstein habe die Reichsbankpolitik immer im Einvernehmen mit dem Gesamtdirektorium geführt. Er gab dem Reichsbankpräsidenten gegenüber die Erklärung vollster Solidarität namens des Gesamtdirektoriums ab. Anschließend daran betonte Dr. Salomonsohn, der Geschäftsinhaber der Diskontogesellschaft, die Reichsbank treffe an dem Ernährungsleib und der Inflationswirtschaft kein Verschulden. Er beantrage, dem Reichsbankpräsidenten namens des Zentralausschusses das vollste Vertrauen auszusprechen. — Der Antrag fand einstimmige Annahme durch sämtliche Mitglieder.

Die Frage der wertbeständigen Arbeitsentlohnung.

Berlin, 25. Aug. (Wolff.) Die von der Zentralarbeitsgenossenschaft eingesetzte paritätische Kommission zur Klärung der Frage des Indexlohnes ist zu folgender Einigung gekommen: Als Grundlage der Nezzahl für die Anpassung

der Löhne und Gehälter soll der Kleinhandelsindex dienen, jedoch sollen auch Dollarkurs und Großhandelspreise berücksichtigt werden. Auch über die Frage eines angemessenen Reallohnes gelangte man zu einer prinzipiellen Übereinstimmung unter Berücksichtigung der allgemeinen Wirtschaftslage Deutschlands, der verminderten Produktion, der Erhaltung der Exportfähigkeit hält man zwei Drittel des Friedenslohnes als eine angemessene Grundlage für die Festsetzung der Tariflöhne.

Zunehmende Betriebsstilllegungen in der sächsischen Industrie.

Berlin, 27. Aug. Nach dem „Berliner Lokalanzeiger“ steigt die Zahl der Arbeitslosen in Sachsen täglich. In Dresden hat sie bereits 200 000 überschritten, und damit die Höchstzahl der Arbeitslosigkeit während der Demobilisierung erreicht. Mehr als tausend Anzeigen von Betriebsstilllegungen sind bereits in diesem Monat beim Arbeitsministerium angemeldet.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 27. August 1923.

Zum 70. Geburtstag von Handelsschuldirektor Gustav Weber.

Wie dem „Schwäbischen Merkur“ berichtet wird, feiert am 28. August Direktor Gustav Weber, Leiter der Spörrschen Höheren Handelsschule, in geistiger und körperlicher Rüstigkeit seinen 70. Geburtstag. Sein Werdegang liefert den Beweis dafür, daß der Lebenserfolg dem sicher ist, der über zielbewußtes Streben, Unternehmungsgeist und unermüdete Arbeitslust verfügt. Seit 1901 leitete er hier die Spörrsche Höhere Handelsschule, nachdem er zuvor im badischen Schuldienst tätig gewesen war. Er war unter Mitwirkung seines Bruders, Direktor Adolf Weber, und eines trefflichen Lehrerkollegiums eifrig bemüht, die schon durch Spörrer bekannt und berühmt gewordene Schulanstalt modern auszubauen. Die Anstalt steht heute auf einer Höhe, die nur wenige deutsche private Handelsschulen erreicht haben dürften, sie ist die größte deutsche private Handelsschule mit Schülerheim. Ihr Fortbestand ist gesichert durch die Mitarbeit des ältesten Sohnes, Dr. jur. Erwin Weber, der schon seit 1918 an der Anstalt tätig ist und die Leitung mit seinem jüngeren Bruder später übernehmen wird. Ueber 8000 Schüler und Schülerinnen waren in Calw längere oder kürzere Zeit der Führung des Jubilars unterstellt, viel größer noch ist die Zahl derer, an deren Werdegang er in der städt. Handelsschule in Pforzheim mitarbeiten durfte. Möge es dem Jubilar vergönnt sein, noch lange Jahre in körperlicher und geistiger Rüstigkeit seiner Schule vorzustehen!

Die Deutsche Volksanleihe

Wertbeständige Anleihe des Deutschen Reiches.

Die durch die Ungunst der außenpolitischen Lage der deutschen Währung zugefügte Schädigung hat die Ausgabe eines besonderen wertficheren Reichspapiers — der Wertbeständigen Anleihe — erforderlich gemacht. Damit ist jedermann die Möglichkeit gegeben, sein Vermögen und Einkommen, vorübergehend oder dauernd, wertbeständig, vorteilhaft und sicher anzulegen.

Die Anleihe ist **wertbeständig**, denn sowohl die Bezahlung der Zinsen wie die Rückzahlung des Kapitals erfolgt auf Basis des Dollarkurses. Die Anleihe ist eine **Volksanleihe**, denn die kleinen Stücke ermöglichen es weitesten Kreisen der Bevölkerung, ihre Ersparnisse durch Anlage in dieser Anleihe zu sichern. Dem Charakter dieser Anleihe als **Sparanleihe** entspricht es insbesondere, daß die Zinsen der kleinen Stücke bei Fälligkeit der Anleihe insgesamt in Form eines Zuschlages von 70 % zurückgezahlt werden.

Es steht zu erwarten, daß sich die kleinen Stücke infolge dieser Ausstattung besonders leicht im Verkehr einbürgern werden. Der Umsatz in dieser Anleihe wird aber namentlich dadurch erleichtert, daß sie von der **Börsenumsatzsteuer befreit ist**.

Wer also Einkünfte und Betriebsmittel in dieser Anleihe vorübergehend anlegen will, braucht nicht zu befürchten, daß ihm beim Verkauf besondere Unkosten entstehen. Aber auch als dauernde Kapitalanlage ist die Anleihe außerordentlich geeignet, nicht nur wegen ihrer Wertbeständigkeit, sondern auch wegen der **Befreiung von der Erbschaftsteuer** für den Selbstzeichner.

Die Anleihe ist ein **sicheres** Anlagepapier, denn Zinsen und Rückzahlung sind reichsgefehllich sichergestellt durch das Vermögen der gesamten deutschen Wirtschaft: Banken, Handel, Industrie, Landwirtschaft, sowie eines jeden, der über steuerpflichtiges Vermögen verfügt.

Die **Zeichnung** auf die Anleihe kann in Mark (100 %) sowie in Devisen und Dollarschuldenweisungen (95 %) erfolgen. Die Anleihe besitzt demnach alle Eigenschaften, die ein **erstklassiges** Anlagepapier haben muß: vorzügliche Ausstattung und Sicherheit sowie leichte Begebarkeit von Hand zu Hand. Namentlich durch ihre Wertbeständigkeit und ihre Befreiung von der Erbschaftsteuer ist sie geeignet, den dem deutschen Volke inwohnenden Spartrieb wieder zu beleben.

Daß die Anleihe auch ein wichtiges Glied in der Kette der Maßnahmen ist, welche dazu dienen sollen, eine Gesundung der Wirtschaft, der Währung und der Finanzen herbeizuführen, bedarf nicht der Erwähnung. Wer sie zeichnet, sichert sich nicht nur die denkbar beste Anlage seiner flüssigen Gelder, sondern er nützt auch dem großen Ganzen, indem er Bausteine zum Wiederaufbau heranträgt!

- | | | | | |
|--|--|--|---|--|
| Der Präsident des Reichstags
Löbe | Gewerbeamtenrat
Dr. Meusch | Verband deutscher
öffentlich-rechtlicher Kreditanstalten
Busch, Staatssekretär z. D. | Vereinigung der Deutschen
Arbeitgeberverbände E. V.
Dr. Sorge | Reichsverband d. deutschen landwirt-
schaftlichen Genossenschaften E. V.
Johannhen Gemes |
| Deutschnationale Volkspartei
Hergt | Deutscher Städtetag
Boef, Oberbürgermeister | Deutscher Zentral-Giroverband
Dr. Kleiner | Allgemeiner
Deutscher Gewerkschaftsbund
Leipart | Generalverband der deutschen
Raiffelgen-Genossenschaften
Dr. Seelmann |
| Deutsche Volkspartei
Dr. Scholz, Reichsminister a. D.
M. d. R. W. R. | Reichsverband
der Deutschen Industrie
Dr. Sorge | Deutscher Sparkassenverband
Jurisch | Deutscher Gewerkschaftsbund
Stegerwald | Deutscher
Genossenschaftsverband E. V.
Korthaus, M. d. R. |
| Deutsche Demokratische Partei
Dr. Peterjen | Hansa-Bund
Dr. H. Fischer, M. d. R. | Reichsverband
der Privatversicherung
Walthier, Generaldirektor | W. Gutsche Otto Thiel Bernhard Otte
Gewerkschaftsring | Reichsverband
Deutscher Konsumvereine E. V.
Schlach, M. d. R. |
| Zentrum
Marz, Senatspräsident | Zentralverband des Deutschen
Großhandels E. V. | Reichsausschuß
der Deutschen Landwirtschaft
Freiherr von Wangenheim | Deutscher Arbeiter-, Angestellten-
und Beamtenverbände
Gesamtverband Deutscher
Angestellten-Gewerkschaften
Otto Thiel, M. d. R. | Zentralverband
Deutscher Konsumvereine
H. Kaufmann H. Västlein |
| Berein. Sozialdemokratische Partei
Hermann Müller, Reichsminister a. D. | Dr. h. c. Kapene, Geh. Kommerzienrat
Reinath, M. d. R. | Reichslandbund
Die Geschäftsführenden Vorständen
des Reichslandbundes
Sepp | Allgemein. Freier Angestelltenbund
Stähr | Reichsstadtebund
Verband der deutschen Landkreise
Dr. Constantin, Landrat a. D. |
| Bayerischer Bauernbund
Eisenberger | Reichsverband des Deutschen Ein-
zelhandels
Dr. Hugo, M. d. R. | Hauptgenossenschaft des Deutschen
Einzelhandels
H. Grünfeld | Gewerkschaftsbund der Angestellten
Dr. Combecher | Deutscher Zeitungverleger E. V.
Dr. Krumbhaar, Kommerzienrat |
| Vorläufiger Reichswirtschaftsrat
Dr. C. F. von Siemens Leipart | Hauptgenossenschaft des Deutschen
Bank- und Bankiergewerbes E. V.
Dr. Rießer | Zentralverband des Deutschen
Bank- und Bankiergewerbes E. V.
Dr. Rießer | Deutscher Beamtenbund
Flügel | Reichsverband der Deutschen Presse
P. Baeker, M. d. L. |
| Deutscher Industrie- u. Handelstag
Franz von Mendelssohn | Deutscher Landwirtschaftsrat
Dr. Brandes | Deutscher Privatbankiers E. V.
Maron | Deutscher Beamtenbund
Remmers | |
| Deutscher Landwirtschaftsrat
Dr. Brandes | Hauptlandwirtschaftskammer
Deutscher Handwerks- und | | Dr. Scholz, Reichsminister a. D., M. d. R.
Dr. Rathke | |

Nachahmenswerte Wohltätigkeit.

* Von einem hiesigen Bürger wurden der Stadtverwaltung 5 Dollar zur Verfügung gestellt, deren Ertrag an besonders bedürftige ältere Personen, die keinerlei Unterstützungen erhalten, verteilt werden soll.

An die Landwirtschaft!

Das Württ. Wochenblatt für Landwirtschaft richtet folgenden Aufruf an die württ. Landwirte: Im Anschluß an die Besprechungen des Reichskanzlers mit dem Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft bittet der Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft unter Hinweis auf den Ernst der Lage angesichts der großen Not in den Städten alle württ. Landwirte um die Verjüngung der Städte zuzuführen. Besonders groß ist der Mangel an Kartoffeln. Zur Fortsetzung des Abwehrkampfes an Rhein und Ruhr ist es unbedingt nötig, daß von Seiten der Landwirtschaft alles geschieht, um der städtischen Bevölkerung über die Not der nächsten Wochen hinwegzuhelfen. Wir halten es für eine vaterländische Pflicht der Landwirte, in dieser Hinsicht nichts zu versäumen. Zum neuen Milchpreis schreibt der Landwirtschaftliche Hauptverband: Die Landwirte werden im Hinblick auf das verständige Entgegenkommen der Städte hinsichtlich der Preisgestaltung von ihren Organisationen dringend gebeten alle entbehrliche Frischmilch in die Städte zu liefern. Die Not ist dort in der Tat so groß, daß man alle Kräfte aufbieten muß, sie zu lindern. Die Vorstände der Bezirks- und Ortsvereine werden dringend gebeten, in diesem Sinn persönlich auf die Erzeuger einzuwirken. Angesichts des vereinbarten Preises und der herrschenden Not können sie eine solche Einwirkung recht wohl verantworten.

Gesuch um Steuerbefreiung der kleinen Handwerks- und Handelsbetriebe.

Nach der neuen Reichsbetriebssteuer für Gewerbetreibende ist als Arbeitgebersteuer für alle Betriebe vom 1. September 1923 an das Doppelte der von dem Arbeitslohn der Arbeitnehmer einbehaltenen Steuerabzüge an die Finanzkasse abzuführen. Diese Steuerabgabe ist für die kleinen Handwerksbetriebe, in welchen der ganze Umsatz zu einem erheblichen Teil in Lohnarbeit besteht, unerträglich und kann bei der fortschreitenden Arbeitslosigkeit nicht aufgebracht werden. Ist das Staatsministerium bereit bei der Reichsregierung dahin vorstellig zu werden, daß bei den Ausführungsbestimmungen eine Verfügung dahin getroffen wird, daß die kleineren Handwerks- und Handelsbetriebe bis zu 5 Arbeitnehmern von dieser Steuer ausgeschlossen werden.

Wetter für Dienstag und Mittwoch.

Die Störungen ziehen wieder ab. Auf ihrer Rückseite ist am Dienstag und Mittwoch wechselnd bewölkt, aber meist heiteres, trodenes und wieder wärmeres Wetter zu erwarten.

Stuttgart, 25. Aug. Der älteste Sohn des Generalfeldmarschalls Herzog Albrecht von Württemberg, Herzog Philipp Albrecht, hat sich mit der Erzherzogin Helene von Oesterreich, Tochter des Erzherzogs Peter Ferdinand von Oesterreich, verlobt.

(EGB) Freudenstadt, 24. Aug. Die 54 Jahre alte Frau des Weinhändlers Weikert wollte gestern mittag den Tenneboden kehren. Sie rutschte aus, kam mit der Hand an den nur leicht verschlossenen Laden, der nachgab, so daß die Frau vier Meter abstürzte und sofort tot war. Sie hatte einen Schädel- und Genickbruch erlitten.

(EGB) Tuttlingen, 25. Aug. Früh nach 4 Uhr sprang die ledige 25 Jahre alte Elsa Wekel aus dem 2. Stock ihres elterlichen Hauses auf den Gehweg und war sofort tot. Sie diente in der Schweiz und ist vor kurzer Zeit zurückgekehrt. Die Ursache zu diesem unglücklichen Schritt ist auf ein schweres Nervenleiden und Verfolgungswahn zurückzuführen.

(EGB) Wasseralfingen, 25. Aug. Bei Tagesanbruch stellte sich bei der Polizei der erst vor kurzem aus Unterlochen zugezogene 37 Jahre alte Schreinermeister Hans Ott mit der Angabe, er habe seine Frau aus Eifersucht mit einem Dolchmesser im Bett erwordet. Er wurde in Haft genommen. Der Sachverhalt ist noch nicht näher geklärt. Der Leichenbefund hat ergeben, daß die Frau durch zwei Dolchstiche ins Herz getötet war. Sie war 35 Jahre alt. Zwei Kinder im Alter von 10 u. 4 Jahren bleiben zurück.

(EGB) Oberalfingen O. Aalen, 25. Aug. Beim Graben eines Kellers in einem Obstgarten wurden in 50 Zm. Tiefe ein männliches und ein weibliches Skelett gefunden. Diese dürften etwa 400 Jahre alt sein und von einem Nord aus der Zeit des finstern Mittelalters herrühren. Es waren ziemlich viel Tonscherben, Eisenteile usw. dabei, was auf eine frühere Ansiedlung schließen läßt.

(EGB) Eppingen, 25. Aug. Als Zeichen der Zeit darf der Erlös von 1 Milliarde 441 Millionen Mark für den am Mittwoch vormittag von der Stadtgemeinde versteigerten Farren bezeichnet werden. Meistbieter waren die Eppinger Mehrgemeister.

Sendet deutsche Zeitungen ins Ausland

Geld-, Volks- und Landwirtschaft. Bericht der Stuttgarter Börse.

(EGB) Stuttgart, 24. Aug. Bei einem Dollarstand von 4 688 250 war die Börse heute im großen ganzen behauptet. Verkäufe und Kaufaufträge glichen sich so ziemlich aus. Verschiedene Aktien konnten sich sogar gut erholen. So gewannen von Banken Notenbank 1000 (5000), Vereinsbank 400 (2000). Auch die Brauereien erzielten größtenteils Kursaufbesserungen: Ravensburg plus 200 (3200), Eßlingen plus 500 (3500), Kettenmayer-Tivoli plus 500 (3500), Kottweil-Pfauen plus 500 (2000), Württ.-Hohenzollern plus 500 (4500). Von Textilwerten stellten sich höher Erlangen 1000 (5500), Unterhausen 1000 (8000), Kolb und Schüle 1000 (6500), Ferse 4000 (14 000), Kottorn 1000 (12 000), Weidertstadt 500 (6500), Eßlingen 2000 (10 000), Blaubeuren 2000 (12 000). Von Maschinen- und Metallwerten profitierten Feinmechanik Tuttlingen 2000 (15 000), Hohner 6000

(22 000), Laupheimer Werkzeug 4000 (15 000), Magirus 700 (2000), Hesser 390 (2990), Württ. Metall 2000 (14 000). Von den übrigen Werten lagen höher Bremen-Befähigung-Del 1000 (9500), Krumm 250 (2450), Malz-Stuttgart 1000 (7000), Salz Seilbrunn 5000 (35 000), Stuttgarter Bäder 1500 (6000). Dagegen verloren Bad. Anilin 1000 (10 000), Zement Heidelberg 50 (4950), Kaiser Otto 200 (2600), Stuttgarter Vereinsbuchdruckerei 410 (2990), Stuttgarter Zuder 200 (4300), Südd. Holz 400 (6900), Union 100 (3900), Ver. Filz 2000 (10 000). Im Freiverkehr überwog die festere Stimmung.

Weitere Erhöhung der Kohlenpreise.

Berlin, 25. Aug. Die mit Wirkung vom 20. Aug. ab nach dem Lebensmittelindex vorgenommene Erhöhung der Bergarbeiterlöhne macht in Verbindung mit der fortschreitenden Steigerung der Materialpreise eine abermalige Erhöhung der Kohlenpreise mit Wirkung ab 27. August nötig. Die Preisfestsetzung erfolgt wieder auf Grund der durch den Beschluß des Reichskohlenverbandes vom 9. Aug. festgelegten Berechnungsweise. Dem Wunsch des Reichswirtschaftsministers auf beschleunigten Abbau der in den Preisen enthaltenen Geldentwertungszuschläge wurde dadurch Rechnung getragen, daß diese zunächst um ein Fünftel herabgesetzt und ein weiterer Abbau in Aussicht genommen wird. Zum Ausgleich hierfür wird am 27. August eine auf den Kohlenpreis abgestellte Wertbeständigkeit der Zahlung eingeführt, die einerseits für geforderte Vorauszahlungen und andererseits auch für verpätete Zahlungen gilt. Es beträgt hiernach ab 27. August der Preis für die Tonne obersteleische Flammkohle 58 400 000 M., mitteldeutsche Braunkohlenbriketts 37 430 000 M. und Ruhrfettfördertohlen 70 707 000 M. — Hierzu wird uns weiter vom Reichswirtschaftsministerium mitgeteilt: Die auf Grund der Beschlüsse des Reichskohlenverbandes sich ergebenden Preise überschreiten auch diesmal die auf dem Weltmarkt geltenden Kohlenpreise wieder bedrohlich. Der Reichswirtschaftsminister wird bei den am 31. August fortzusetzenden Erörterungen des Reichskohlenrates erneut auf den restlosen Fortfall des Entwertungszuschlages dringen. Es kann damit gerechnet werden, daß der Reichskohlenrat in seiner nächsten Sitzung endgültig zu der auf Wunsch des Finanzministeriums zunächst zurückgestellten Frage der Beseitigung der Kohlensteuer Stellung nimmt.

Billigere Frachten für Kartoffeln.

Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Im Stuttgarter Neuen Tagblatt ist in einem Artikel „Notwendigkeiten für die Kartoffelerzeugung“ die Forderung erhoben, auch in diesem Jahr für die Beförderung von Kartoffeln auf der Bahn einen verbilligten Tarif zuzulassen. Demgegenüber ist darauf hinzuweisen, daß auf den deutschen Reichsbahnen und einer Anzahl deutscher Privatbahnen die auf jederzeitigen Widerruf geltenden Ausnahmetarife 13 für frische Kartoffeln als Stückgut und 10 für frische Kartoffeln in Wagenladungen gelten. Nach diesen Ausnahmetarifen wird für Stückgut nur ein Viertel, für Wagenladungen nur etwa ein Fünftel bis ein Sechstel der regelrechten Frachten berechnet.

Für die Schiffstellung verantwortlich: Otto Seltmann, Calw. Druck und Verlag der K. Oelschläger'schen Buchdruckerei, Calw.

Bruchleidende

Heilung ohne Operation erreichen Sie ohne Berufsstörung durch die federlose, den Bruch von unten nach oben zurückhaltende R.G.M. Opel'sche Bruchbandage R.G.M. für Schenkel-, Leisten-, Hoden-, Nabel-, Bauchbrüche und Nierenvorfall; für Hängeleib Spezial-Leibbinden in neuer vollendeter Form. Besuchen Sie daher kostenlos meinen Vertreter am Donnerstag, den 30. August von 8-12 Uhr im Hotel „Adler“. Kein Risiko. Nur Anfertigung nach Maß mit Garantiefchein. Bandagenhaus Martin Opel, Mühlendorf, Oberbayern, Erfinder und Hersteller. Vor Nachahmungen wird gewarnt. Man achte genau auf den Namen Marke „Opel“.

Fahrnis-Versteigerung.

Wegen Abreise verkaufe ich im Auftrag am Mittwoch, den 29. August 1923, vormittags 9 Uhr und nachmittags 2 Uhr im Hause des Herrn Ernst Schall, Kaufmann, Markt- platz 38, gegen Barzahlung:

- 1 vollständige, eichene Schlafzimmereinrichtung, 1 polierter Sekretär, ein Divan, 1 Kommode mit Glasaufsatz, etwas Kleider, 2 lackierte Bettladen mit Köste, 1 lackierter Kleiderkasten, 1 runder, sowie andere Tische, ein Nachttischle mit Marmorplatte, 1 Küchenbuffet, Hocker, Piegestuhl, Stühle, ein Holzkoffer, 1 Nähmaschine System Grüner, 1 Konzertsither, Noten für Klavier und Orchester, 1 Säge mit Sägebock, 1 weiße lack. Kinderbettlade, 1 Reißbrett, 1 Kinderwagen, Küchengefähr, 1 Faß mit 100 Liter, 1 Zuber, 1 Kinderbade- wanne, Spiegel, elektrisch. Bügeleisen, 1 Regulator, Gasherb und Lampen, Kohlen, Galerien, sowie allgemeinen Hausrat.

Liebhaber sind eineladen.

Stadtinv. Kolb.

Benzin

jedes Quantum dauernd lieferbar

Carl Kirchherr
Malermeister.

Das Calwer Tagblatt können Sie jederzeit bestellen.



Hüllen, Briefbogen, Zeitschriften, Massenaufgaben, Postkarten, Rechnungen, Farbendrucke, Familiendruksachen

DRUCKSACHEN

A. Oelschläger'sche Buchdruckerei
Fernsprecher Nr. 9 Calw Lederstraße Nr. 151.

Verloren
ging am Samstag Abend im Monbachtalweg 1 gelbbraun. **Gummiregenmantel** Abzugeben gegen hohe Belohnung auf der Geschäftsstelle ds. Bl. in Calw oder im Kurhaus Monbachtal.

Stockholz
kauft
Sanatorium Schwarzwaldheim, Schömberg, Station Liebenzell.

Malerlehrling
kann eintreten bei **Karl Kirchherr, Malermeister.**

Neue Fahrpläne
für den Bezirk Calw sind auf der Geschäftsstelle ds. Bl. erhältlich, das Stück zu Mk. 4.000.—.

Landhaus-Verkauf.
Verkaufe mein Anwesen, 2 1/2 stöckiges Wohnhaus, 11x9 m mit 10 Akr Obst- und Gemüsegarten direkt b. Haus, in unmittelbarer Nähe des Orts, auf erhöhter, schönster, sonniger Lage. Inventar kann mit erworben werden, beziehbar bis Mitte Oktober. Auskunft nur mündlich. **Emil Bopp, Stammheim D.-A. Calw.**

Dr. Mezger ist zurück.

Für 14. geordnet. Realschüler **sucht Pension** bei zeitgem. Entschädigung. Studiendirektor **Dr. Knobel.**

Landhaus
f. Sommeraufenthalt mit beschlagnahmefreien Zimmern in schöner waldiger Gegend oder am See gelegen gegen Bar gesucht.
Angebote unter Landhaus an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Emberg.
Einen 9 Monate alten **Stier** verkauft **Ulrich Reuthlinger.**



Durch se...
ma n...
die W...
wonn...
Betre...
Poincar...
denen...
anneh...
Er for...
Sicher...
franzö...
publit...
Frank...
Neuan...
schen...
überal...
Aus En...
über...
hungen...
denen...
Die k...
geben...
lischen...
Im M...
Mörb...
Die...
Weiter...
Par...
tes Na...
court g...
Wieder...
hingew...
wir im...
meidlic...
uns nid...
tet un...
einen...
Alhier...
gemach...
züglich...
Minder...
arbeiten...
können...
paratio...
geben...
sen, un...
Herren...
Bar...
für das...
Frankr...
Gondre...
aus der...
Form a...
Krieg u...
Kampff...
weitere...
im Kri...
ter und...
Zukunft...
Der am...
ratifig...
gekom...
zu best...
seien...
daß die...
Weberli...
des Sch...
gutes...
reich ha...
dem W...
hen M...
Vorgehe...
Beschlag